

26. Juli



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/ZV/167 - 26. Juli 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 386 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> |   | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1             | <u>Kalte Gleichschaltung mit Sekt</u><br>Adenauer und das "Deutschland-Fernsehen"   | 46             |
| 2 - 3         | <u>Sammlung der "demokratischen Mitte"</u><br>Nach Überwindung der italienischen Regierungskrise<br>Von unserem Korrespondenten in Rom, Franco Magnani                            | 77             |
| 4             | <u>Jugoslawien vor bedeutenden Wirtschaftsreformen</u><br>Vorbereitung auf Beitritt zur EFTA?<br>Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher                         | 45             |
| 5             | <u>Beitrag zur Zeitgeschichte</u><br><u>Die Zinds und die politische Moral</u><br>Warum sie "reison" können   | 50             |
| 5a            | <u>Solidarität der Pensionsempfänger</u><br>General von Montauffel und das "kleine Heim am Amerssee"  | 38             |
| 6 - 7         | <u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u><br>Auffauleistungen in deutschen Städten<br><u>Modernes Bremen</u><br>Von Alfred Faust,<br>Leiter der Pressestelle beim Senat Bremen | 71             |

\* \* \*

### Kalte Gleichschaltung mit Sekt

#### Adenauer und das "Deutschland-Fernsehen"

sp - "Und nachher gab es Sekt ..." - So kann man heute in vielen deutschen Zeitungen bei der Schilderung der Unterzeichnung des Vertrages für ein "Deutschland-Fernsehen" durch Bundeskanzler Adenauer und Bundesjustizminister Schäffer lesen. Was sich hier abgespielt hat, ist - wie der hessische Ministerpräsident Dr. Georg August Zinn sagte - ein Husarenstreich gegen die Länder, der Erinnerungen an das Vorgehen des ehemaligen Reichskanzlers von Papen gegen Preußen im Jahre 1932 erweckt.

Man vergegenwärtige sich: Noch während die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf eine Antwort Adenauers zu ihren Verbesserungsvorschlägen für das Verwaltungsabkommen über das zweite Fernsehen warteten, überrollte sie der Kanzler durch einen Überraschungs Coup, der ironisierend der Öffentlichkeit als ein "Nichtfunktionieren der Bundespost" dargestellt wurde. Damit wollte man auf Regierungsseite die Tatsache entschuldigen, daß die Ministerpräsidenten der Bundesländer am Montag den entscheidenden Brief des Kanzlers noch nicht in Händen hatten. Als ob die Staatskanzleien der Bundesländer keine Fernschreiber hätten, und als ob es nicht Kurierc gäbe, die auch schon bei anderen Gelegenheiten von Bonn aus in die Landeshauptstädte geschickt wurden!

Aber das ist alles nur Beiwerk, äußerer Ausdruck eines Denkens von Adenauer, das man am besten erkennt, wenn man sich das Foto nach Unterzeichnung des sogenannten Vertrages genau ansieht. Hier erblickt man Adenauer und Schäffer, listig grinsend, als wenn sie sagen wollten: "Na, wie haben wir die reingelegt"?

Daß ein zweites Fernsehprogramm wünschenswert ist - darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Die Auseinandersetzung in den vergangenen Monaten gingen nicht darum, sondern um die Frage, ob eine Regierung oder eine Partei in die Lage versetzt werden darf, ein zweites Fernsehprogramm für ihre Zwecke auszunutzen. Hier sollte durch die Einschaltung der Länder eine Sicherung vor dem Mißbrauch der öffentlichen Meinungsbildung durch das Fernsehen erfolgen.

Adenauer und seine politischen Freunde haben das gewußt. Nur aus diesen Grunde und nicht etwa, um - wie es jetzt dargestellt wird - dem Bundesrepublikaner ein zweites Fernsehen zu beschaffen, hat Adenauer seinen ganzen Machtapparat spielen lassen.

Hier offenbart sich wieder einmal das Verhältnis eines Adenauers zur Demokratie. Der Mann kann einfach nicht anders. Er handelt aus tiefer Mißachtung vor den demokratischen Institutionen, was sich in seiner Sprache so anhört: "Ich gehe mit der Macht nicht pingelig um".

Die jetzt beabsichtigte kalte Gleichschaltung des Fernsehens auf den Willen Adenauers entbehrt jeder Rechtsgrundlage. Sie ist illegal und kann nur als das die Bundeswahl 1966 unmittelbar vorbereitende Wahlmanöver der CDU/CSU betrachtet werden. Außer dem Bundeskanzler selbst und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU im Bundestag, Dr. Krone, hat niemand die Art des Zustandekommens dieses sogenannten Vertrages begriff.

### Sammlung der "demokratischen Mitte"

Von unseren Korrespondenten in Rom, Franco Magnani

Zwei Faktoren haben zum Rücktritt der von den Neofaschisten unterstützten Tambroni-Regierung und zu einem bedeutenden Wechsel im politischen Leben Italiens geführt: Die Kundgebungen der Bevölkerung gegen den Faschismus, sowie die Bereitschaft der demokratischen Mittelparteien (Sozialdemokraten, Liberale und Republikaner) eine ausschließlich aus Christlichdemokraten zusammengesetzte Regierung zu unterstützen. Es wird sich nicht um eine Koalitionsregierung handeln, doch die Stabilität des neuen Kabinetts scheint durch die Stimmen der "demokratischen Mitte" durchaus gesichert zu sein. Fanfani, der mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt worden ist, wird somit in der Kammer außer auf die 273 christlichdemokratischen Stimmen noch auf die 39 der demokratischen Mitte zählen können. Die Linksozialisten erklärten bereits, sie würden sich der neuen Regierung nicht widersetzen, so dass mit ihrer Stimmenthaltung gerechnet werden darf.

#### Festigung der Demokratie?

Seit 1946 wurde noch nie eine Regierungs-Krise so schnell überbrückt wie diese letzte, und kaum einmal war ihr Verlauf so klar. Die Democrazia Cristiana hat mit dem Sturz Tambronis eine ihrer gefährlichsten politischen Erlebnisse überbrückt. Vor allem ist es der politischen Geschicklichkeit des christlichdemokratischen Parteisekretärs Moro zuzuschreiben, wenn die Liberalen und Sozialdemokraten vorübergehend ihre politischen Differenzen auf die Seite gelegt haben, um dem Lande zusammen mit der DC, endlich wieder eine stabilere und auf den Grundsätzen der Demokratie beruhende Regierung, zu sichern. Die Erkenntnis, es sei höchste Zeit, den Italienern wieder das Vertrauen in die demokratischen Institutionen des Landes wiederzuschonken, sowie den Staat vor Anschlägen gegen die Demokratie zu schützen, führte die demokratischen Parteien zu einer Einigung.

Auch über Fanfani als Ministerpräsidenten vermochte man sich erstaunlich schnell zu einigen. Damit ist besonders ein Wunsch der Sozialdemokraten in Erfüllung gegangen. Soeben würde man gerne im Innenministerium sehen, weil allein dieser Name dazu angetan wäre, die Legende zu zerstören, der Sturz Tambronis bedeute gleichviel wie "man habe damit den kommunistischen Druck nachgegeben".

26. Juli 1960

Selbst antierte bereits in den schwierigen Jahren um 1948 als Innenminister, die Neuorganisation der Polizei "Celere" ist sein Werk. Er hat in der Bekämpfung der Kommunisten stets eine äusserst starke Hand bewiesen.

#### Weitere Auseinandersetzungen bei der DC

In der Democrazia Cristiana dauern die Auseinandersetzungen noch an. Die zum rechten Flügel der DC gehörenden Kräfte haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit Fanfani nicht mit der Regierungsbildung beauftragt würde. Während der das offizielle Organ des Vatikans "L'Observatore Romano" sich in vorsichtiger doch wohlwollender Weise über das neue Kabinett äussert, nimmt das Organ der Katholischen Aktion, "Il Quotidiano", eindeutig gegen die neue Regierung Stellung. Für die Katholische Aktion sind die Sozialdemokraten und die Republikaner nur "Werkzeuge der Kommunisten."

Allein aus den Bedingungen, die zur Bildung des neuen Kabinetts führten, geht hervor, dass die bisherige aussenpolitische Linie beibehalten wird. Innenpolitisch rechnet man mit einer gemässigten antifaschistischen sowie antikommunistischen Haltung. Der "Not-Regierung" stehen zwei Ausgangsmöglichkeiten offen: eine nach links (zu den Linkssozialisten hin), die andere nach rechts (zu den Monarchisten). Eine mögliche Annäherung der zwei parlamentarischen "Nebenflügel" - oben des linkssozialistischen und monarchistischen - an die Mittelparteien, würde die Isolierung der beiden Extremen - Faschisten und Kommunisten - schärfer abgrenzen. Diese Meinung teilen zum Beispiel die Liberalen, welche behaupten, die wahren Besiegten seien in diesem Sinne die Kommunisten. Das letzte Wort darüber wird allerdings erst das Ergebnis der auf den Herbst anberaumten Gemeindevahlen sprechen.

#### Bemerkenswerter Aufruf an das "katholische Lager"

Ein äusserst interessanter Aufruf wurde in den vergangenen Tagen von 61 katholischen, zum Teil angesehenen Universitätsprofessoren unterzeichnet. Dieser ist allen Kardinälen, Bischöfen, sämtlichen nationalen sowie lokalen Leitern der "Katholischen Aktion" und allen katholischen Organisationen zugesandt worden. Der Aufruf ist "der politischen Klarheit" gewidmet und richtet sich gegen die "autoritären Tendenzen", welche sich in einigen Sektoren der katholischen Welt bemerkbar gemacht hätten. Ganz besonders wird in diesem Appell die Zusammenarbeit mit neofaschistischen Kräften verurteilt, die "nicht einmal dann erkennbar ist, wenn es darum geht, die christlichen Werte gegen den Marxismus zu verteidigen".

Dieser Aufruf "gegen jegliche autoritäre Politik" ist dazu bestimmt, und ausserhalb des katholischen Lagers viel Spalte aufzuwickeln. Den Befürwortern der "Öffnung nach links" sowie des "Gesprächs mit den Katholiken" im sozialdemokratischen Lager gibt diese von bekannter Persönlichkeit unterschriebene Erklärung zu neuen Hoffnungen Anlass. - + - -4-

### Jugoslawien vor bedeutenden Wirtschaftsreformen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Jugoslawien ist in eine bedeutende Phase wirtschaftspolitischer Reformen eingetreten. Der Aufenthalt des Unterstaatssekretärs im State Department, Douglas Dillon, hat nur verstärkt die Aufmerksamkeit auf diese Entwicklung gelenkt, die bereits früher einsetzte. Die Einführung eines Teilzollsystems für den Export von Industriegütern, Kreditrestriktionen, vom Wirtschaftsminister angekündigte Drosselung des Verbrauchs und insbesondere der Investitionen bei gleichzeitig zu erhöhenden Ausfuhren, sowie die jetzt angekündigte Reform des Devisensystems sind die markantesten Stationen dieses Weges. Während man sich im Inland vorwiegend darüber Gedanken macht, welche Preisfolgen all' diese Maßnahmen auf dem jugoslawischen Markt haben werden, mag man im Ausland gespannter auf diesen ersten Versuch eines kommunistischen Staates blicken, seine Währung in eine feste, realistische Relation zu den harten Währungen der westlichen Länder zu bringen.

Daß ein solch einschneidender Schritt eines immer noch in der industriellen Nachholentwicklung begriffenen Landes nicht ohne ausländische Hilfe getan werden kann, versteht sich von selbst. Was gegenwärtig dagegen noch nicht eindeutig feststeht, ist, ob und in welchem Ausmaße der Internationale Währungsfond, die USA und andere westeuropäische Länder bzw. Institutionen Belgrad die von ihm gewünschte ca. 350 Millionen Dollarreserve auf Kreditbasis zur Verfügung stellen werden.

Mr. Dillon hat zwar einige recht positive Äußerungen über das amerikanisch-jugoslawische Verhältnis getan, allzu feste Versprechungen konnte er jedoch infolge der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA auch nicht machen. So blieb es bei der Zusicherung, Washington werde Belgrad finanzielle Hilfe zur Durchführung der Reform gewähren, wenn Jugoslawien mit dem Internationalen Währungsfond zu einem Einvernehmen gelangt. Und dies dürfte nach einer gleichfalls recht optimistischen Einschätzung der jugoslawischen Situation durch den erst unlängst im Lande gewesenen Generalsekretär des Internationalen Währungsfonds, Per Jacobson, wahrscheinlich sein.

Zweifellos haben all' die Maßnahmen, insbesondere die zu verwirklichende Devisenreform, die von einer gewissen Liberalisierung des jugoslawischen Außenhandels begleitet sein dürfte, eine nicht unerhebliche politische Bedeutung. Manche politische Beobachter in Belgrad sehen darin die langsame Vorbereitung für einen zukünftigen Beitritt Jugoslawiens zur Europäischen Freihandelszone (EFTA).

Aber gleichgültig, ob im Verlauf der sich verdichtenden europäischen Integrationsbestrebungen dieser Schritt von Belgrad getan werden sollte oder nicht, bedeuten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Jugoslawiens, daß sich das Belgrader Wirtschaftsmodell immer unüberbrückbarer von dem System zentraler Planung in den kommunistischen Ostblockstaaten entfernt, was letztlich nicht ohne politische Folgen bleiben kann.

Beitrag zur Zeitgeschichte:

Die Zinde und die politische Moral

sp - Ob ein Polizeibeamter, den der steckbrieflich verfolgte ehemalige Studienrat und Antisemit Zind in Köln oder anderswo ansprach, diesen Mann erkannte oder nicht, ob ein Kriminalchef schnell oder weniger eifrig reagierte - wir können die Einzelheiten nicht und wir können und wollen darum nicht urteilen oder verurteilen. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß Herr Zind es sich einfallen lassen konnte, doch wieder in die Bundesrepublik zu reisen, dort sogar seine Vaterstadt aufzusuchen, mit vielen Leuten Kontakt zu nehmen, selbst nach Bonn zu fahren und sich vor dem Bundeshaus fotografieren zu lassen - unwahrscheinlich, unglaublich und doch wahr!

Diese Handlungsweise des Mannes ist eine verblüffende Enthüllung der Denkart vieler, zu vieler Menschen jenseits der bundesdeutschen Grenzen. Was sie denken oder empfinden, ist dies: Die meinen es ja gar nicht ernst mit uns! Da sitzen doch die alten Freunde vor uns, sogar in Bonn, sogar an höchster Stelle, aber auch anderswo, z.B. in Kiel oder in Schleswig oder Flensburg und auch dort wieder im Lande zwischen Ost- und Nordsee, anderswo und vielenortes.

Sie brauchen nur ein Buch aufzuschlagen, die draußen und drinnen die politische Moral der Bundesrepublik betrachten, ein Buch, das in diesen Tagen von der Bundeszentrale für Heimatdienst im Gedenken an die tapferen Männer des deutschen Widerstandes herausgegeben wurde und brauchen sich nur die Bilder anzusehen, vielleicht das eine und das andere mit der Lupe, das würde den Reiz noch erhöhen. Da sind sie zu sehen, die heute auch noch zu sehen sind und von denen berichtet wird, daß sie Pensionen empfangen und Nachzahlungen bekommen haben und Wiedergutmachung mit Erfolg betreiben. Auf jenen Bildern sind sie nicht im Vordergrund (etwa auf der Anklagebank), nein, wie heute sind sie im Hintergrund geblieben, aber sie sind dabei, selbst in diesem vom Vertrauen der Nazis ausgesuchten Gremium, das den Verhandlungen im sogenannten Gerichtssaal beiwohnen durfte. In den Gruppen, die sich um den "Führer" scharten oder die bei offiziellen lokalen Gelegenheiten mit und ohne Uniform zu glänzen und Geltung zu erhaschen trachteten, stehen sie und repräsentieren den Nationalsozialismus - heute der Dekokratie.

Die Unwahrhaftigkeit dieser Situation in Deutschland - und sie trifft uneingeschränkt auch auf die sowjetisch besetzte Zone zu! - erbringt die Unglaubwürdigkeit der Forderungen und der Maßnahmen. Sie haben sich jahrelang tarnen können, verschwiegen und gedeckt von antierenden Personen der hohen Bürokratie; sie haben entwischen dürfen, sie haben im Ausland unangestastet leben können, obwohl der eine Tausende, der andere "nur" Hunderte von Menschenleben auf dem Gewissen hätte, falls er eine solche Einrichtung der Moral besäße. Dagegen wird dann "verlautbart", das Amt habe "alles getan, was in seinen Kräften stand" oder man habe erst die Unterlagen beschaffen müssen und was dergleichen Auareden der laichen Legalität mehr sein können. Was zu tun war, um uns reinzuwaschen, um den Zinde den Reiseplan nach Deutschland und das Schreiben von Kartengrüßen aus dem Lande zu vergällen, dessen Unglück und Last von ihnen verschuldet wurde, das haben die Männer des israelischen Dienstes gezeigt, die unerbittlich und unerschütterlich waren. Zind konnte die Bundesrepublik und ihre politische Reputation vernötzen ... aber: Der Polizeilapparat ist ja mobilisiert und wenn er Zind nicht findet, wird er Schuld haben.

26. Juli 1960

Solidarität der Pensionsempfänger

sp - Eines der Phänomene des deutschen Wirtschaftswunders, über das sich die freihetliche Welt besonders wandert, sind die hohen Renten für Generale, verdiente Offiziere Hitlers und politisch disqualifizierte Personen, die sich mit Hilfe dieser Renten der Demokratie wieder "qualifizieren" konnten. Zu welchem Zweck aber diese hohen Renten auch genutzt werden, enthüllt das nachstehende Schreiben, das erst in diesen Tagen in unsere Hände kam. Die eingegangene Summe soll bei weitem die Bezüge des Herrn Generals von Mantuffel übersteigen.

\* \* \*

Max Prinz zu Waldeck

16) Arolsen, den 25.3.1960  
Schloß

Mit diesem Schreiben werden mein Bruder (ehem.R.R.13 und P.A.A.31) und ich uns an alle, die wie wir das harte Urteil, das ein Gericht gegen General von Mantuffel gefällt hat, nicht verstehen können. Unsere Verbundenheit kann nur dadurch ausgedrückt werden, daß wir ihn wenigstens die materielle Belastung abschätzen, die mit der sofort verhängten Sperre seiner Bezüge eingetreten ist.

Ich habe bei der hiesigen Sparkasse ein Sonderkonto mit Verfügungsrecht seiner Angehörigen eingerichtet. Ich stelle mir unsere Hilfe so vor, daß möglichst viele alte Kameraden von ihrer Pension monatlich einen kleinen Betrag als Dauerauftrag auf das Konto abzweigen, und daß seine Freunde aus Industrie und Wirtschaft sich mit einer einmaligen Zahlung auf dieses Konto beteiligen.

Damit würden die ersten Schwierigkeiten (Prozesskosten usw.) beseitigt und ein Notfonds geschaffen werden für Krankheit und die Finanzierung seines im Bau befindlichen kleinen Hauses am Ammersee. Es steht natürlich nichts im Wege, wenn auch "Nichtpensionsempfänger" sich zu monatlichen Kassen bereiterklären.

Ich bitte jeden, der sich beteiligen kann und will, mir genaue Zahlungsart anzugeben. Ich muß eine Übersicht bekommen und möchte in der Lage sein, wenn sich die Einkommensverhältnisse verändern, unser Unternehmen zu reduzieren oder abzulassen.

Monatliche Zahlungen sind ab 1. April ds. Js. erbeten. Ich bitte um Weiterleitung dieses Schreibens an dafür Geeignete. Das Konto lautet: Kreissparkasse Waldeck, Hauptzweigstelle Arolsen, Girokonto 2601, Prinz Max zu Waldeck, Sonderkonto Pension H. Postcheckkonto der Kreis-  
sparkasse: Frankfurt/ Main 10 50.

Mit kameradschaftlichem Gruß  
gez. Max Prinz zu Waldeck

+ + +

### Modernes Bremen

Von Alfred Faust

Leiter der Pressestelle beim Senat Bremen

Die "Freie Hansestadt Bremer" - so nennt sich das Land Bremen, das in den Bundesrat drei Mitglieder entsendet - beteiligt sich in diesem Jahr nicht an den Kommunalwahlen. Das Land hat im Oktober 1959 die Bürgerschaft, den Landtag, gewählt, und die Stadtgemeinde Bremerhaven, die eine freie, selbständige Gemeinde mit Magistrat und Stadtverordnetenversammlung darstellt, wählte am gleichen Tag ihre Stadtvertretung. In beiden Gemeinden, Bremen und Bremerhaven, ergab sich eine sozialdemokratische Mehrheit. Die Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen (80 Abgeordnete aus Bremen, 20 aus Bremerhaven) setzt sich zusammen aus 61 SPD, 15 CDU, 16 DP und 7 FDP; der Senat aus sieben Sozialdemokraten (darunter die beiden Bürgermeister) und drei Freien Demokraten. Der Präsident des Parlaments ist Sozialdemokrat, desgleichen der Oberbürgermeister und der Bürgermeister von Bremerhaven.

Wer beide Städte durchwandert, erkennt, wie sehr sie sich zu ihrem Vorteil gewandelt haben. Die Lücken, die der Bombenkrieg ihnen geschlagen hatte, schließen sich; die trostlosen Ruinenfelder sind in neue große Wohnbauviertel verwandelt, die durch Grünflächen und Spielplätze durchsetzt sind; alle Betriebe sind wiederhergestellt, durch zugewanderte Industriewerke vermehrt und voll beschäftigt; die Häfen sind voll in Betrieb und müssen erweitert werden, um die beladenen oder zu ladenden Schiffe von über 220 Linien aufnehmen zu können. Der Produktionsindex beträgt das Doppelte der Vorkriegszeit. Das Angebot übersteigt die vorhandenen Arbeitskräfte, obgleich noch 40 000 Pendelarbeiter aus dem Niedersächsischen diese Arbeitskräfte zusätzlich vermehren. Die Assimilierung der Ostflüchtlinge in die bremische Wirtschaft oder Verwaltung ist fast restlos gelungen.

Wie vor Jahrhunderten schon, galt die erste Fürsorge dem Strom und dem Hafen, ohne die Bremen eine gewerbliche, halbindustrialisierte Binnenstadt geblieben wäre. In der Förderung der Hafenbelange ist sich die Bürgerschaft stets einig, mag sie in anderen Fragen noch so sehr auseinanderfallen; die Opposition bilden CDU und DP.

Die neue Koalition aus SPD und FDP beschloß daher neben einer neuen Vertiefung der Weser, die das Regelfrachtschiff des Weltverkehrs bis



zu den bremischen Stadthäfen trägt, den Bau von neuen Hafenbecken auf dem linken Weserufer nach einem Generalplan, der die Erschließung auch von Industrie, Wohnvierteln, Straßen und Eisenbahnanlagen vorsieht. Die Hauptfinanzlast des Projekts, auch für den Erwerb des Terrains, trägt die Stadt. Daneben erfolgt eine Erweiterung der Hafenanlagen Bremerhavens, eine Verlängerung der Columbuskaje für den überseeischen Passagierverkehr und der Ausbau eines Erznuschlaghafens zur Versorgung der Klöcknerwerke, die sich vor fünf Jahren unterhalb der Stadt Bremen am Weerstrom mit einem Hochofen- und Stahlwalzwerk niedergelassen haben, das heute schon jährlich 2 Millionen Tonnen Stahl produziert, obgleich das Werk noch nicht zur Hälfte ausgebaut ist.

Das nächstgrößte Problem ist das Wohnungsbauproblem. Durch die Errichtung von Satellitenstädten an der Peripherie durch das Gewerkschaftsunternehmen "Gemeinnützige Wohnungsbau-Genossenschaft" (GEWOBA). Ein Wohnungsbaugesetz von 1955, das die Bürgerschaft beschloß, war die Grundlage zu diesem riesenhaften Bauvorhaben, durch das Bremen sich im Bund an die Spitze der Wiederaufbaustädte gestellt hat.

Die von Monat zu Monat steigende Einwohnerzahl (von rund 485 000 im Oktober 1946 auf rund 692 000 am 1. Januar 1960) verstärkt durch den Zuzug, der in einer Hafenstadt besonders ist als in einer Binnenstadt, zwang zu außerordentlichen Anstrengungen und Ausgaben im Wohnungsbau, zumal die Wohnungsverluste durch den Krieg 68 000 Wohnungseinheiten im Land Bremen betragen.

Hinzugefügt sei, daß die vielen Tausenden von Wohnungen in Mieterblocks, Hochhäusern und Eigenheimen, die die Satellitenstädte der GEWOBA bilden, Wohnungen mit modernstem Komfort darstellen: jede Wohnung besitzt Balkon, elektrische Kocheinrichtungen, Müllschlucker und Fernheizung.

Ergänzen wir diese Hauptleistungen durch all die Probleme, die den Dienststellen des Senats reserviert sind Straßen- und Brückenbau, Parkhochhäuser, Autobahnstrecken und neue Straßenside und Unterpflasterbahnen zur Erleichterung des Verkehrs, Bau von Krankenhäusern und Schulen modernster Art, von Kinder- und Jugendheimen, von Spielplätzen und Grünanlagen, von Stadthallen und Markthallen, von Volkshochschulzentren und -bibliotheken, so ergibt sich das Bild einer unter sozialdemokratischer Führung aufblühenden modernen Stadt, wie sie zu keiner Zeit ihrer Geschichte einen solchen Aufstiege aufzuweisen hat.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel